

## Druck auf die Gesundheitspolitik!

»Wie gelingt es, Menschen gut zu betreuen und zu versorgen in Zeiten enormer gesellschaftlicher und demographischer Veränderungen? Wie stellen wir Lebensqualität sicher, erhalten Mobilität und soziale Teilhabe? Wie steigern und sichern wir insgesamt die Qualität in der sozialen, gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung?« Eine Fragestellung aus einem Positionspapier des ›Ver eins zur Förderung eines Nationalen Gesundheitsberufes«.

Solche und ähnlich lautende Fragen tauchen seit etwa einem Jahr verstärkt auf – in Positionspapieren aus allen Bereichen des Gesundheitswesens. Darunter sind große und kleine Akteure mit ihren jeweils sehr unterschiedlichen Absichten und Interessen: Fach- und Berufsverbände aus den Bereichen Medizin, Psychotherapie, Soziales, Wissenschaft, Pflege, Inklusion, Krankenkassen, Stiftungen und vieles mehr.

Positionspapiere sind Instrumente der politischen (Lobby)Arbeit

Positionspapiere wollen auf ein Thema aufmerksam machen, sie weisen darauf hin, was nicht funktioniert und zeigen Ideen auf, was künftig verbessert werden soll. Zielgruppe sind politisch Verantwortliche, die die Vorschläge in der nun beginnenden 20. Legislatur umsetzen sollen – immer auch angesichts der Bedeutung und der Folgen für das Klima.

### Gesundheitspolitik muss auch Thema der öffentlichen Diskussion sein

Auch bei den Koalitionsverhandlungen mussten Fragen behandelt werden wie: Wie sieht künftig eine gerechte und adäquate Gesundheitsversorgung der Bevölkerung aus, wie kann sie finanziert werden, welche digitalen Möglichkeiten sollen entstehen und wo werden Schwerpunkte aufgrund welcher Interessen gesetzt werden müssen? Bereits im Sondierungspapier der drei Parteien Mitte Oktober gab es u. a. diese Stichworte: Vorsorge, Prävention, Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, Digitalisierung, Zugang zu verlässlicher Versorgung in Stadt und Land, sektorenübergreifende Kooperation. Und natürlich: eine notwendige Offensive für die Pflege.

Viele Aufgabenbereiche zwischen Versorgung, Digitalisierung, Finanzierung

Laut einer Mitteilung des Internetportals PZ-online von Anfang November wurden in der Koalitions-Fachgruppe »Gesundheit und Pflege« u. a. weitere Themen diskutiert: Gestaltung der gesetzlichen wie privaten Krankenversicherung, Ausbau der stationären wie ambulanten Pflege, psychische Gesundheit, sektorenübergreifende Versorgung, Fachkräftesicherung, Attraktivität der Heilberufe sowie Versorgungssicherheit strukturschwacher Regionen. Ebenso waren Thema der jeweils vier Verhandler:innen der drei Parteien – ein Cannabiskontrollgesetz oder ein Geschlechtergerechtes Gesundheitswesen. Die Verhandlungsergebnisse standen bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe der MU noch nicht fest. Die vielleicht fünf Seiten, die das Thema Gesundheit im gesamten Koalitionspapier von über 100 Seiten in Anspruch nehmen dürften, sind wohl inzwischen gefüllt ...

## Integration der Künstlerischen Therapien

Nach der Wahl hatte der Dachverband – die Bundesarbeitsgemeinschaft Künstlerische Therapien (BAG KT), ein Positionspapier »Integration der Künstlerischen Therapien in das Gesundheitswesen« den Koalitionsverhandlern zur Kenntnis geschickt mit dem Wunsch, dass sich im Koalitionspapier ein Satz wiederfinden möge, die Berufe der Künstlerischen Therapien gesetzlich zu regeln. Unabhängig davon, ob sich ein solcher Passus im Koalitionspapier findet – als eine der klitzekleinen Aufgaben im künftigen Gesundheitswesen –, werden die sieben berufspolitischen Forderungen des Positionspapiers weiterhin auf der Agenda der berufspolitischen Bemühungen aller neun Fach- und Berufsverbände der KT vertreten sein (müssen). Dazu gehören die Feststellungen und Forderungen, dass

### Notwendig: eine gesetzliche Regulierung

- diese neuen Berufe längst im Gesundheitswesen aus gutem Grund angekommen und relevant für die Versorgung sind,
- ein Anspruch auf eine qualitativ hochwertige Versorgung für Patient.innen besteht und daher der Schutz des Gesetzgebers nötig ist,
- bundesweite Regelungen für alle KT in allen Sektoren des Gesundheits- und Sozialwesens erforderlich sind,
- sich die evidenzbasierten Nachweise der KT in politischen Handlungen wiederfinden sollen,
- der Beruf der KT definiert und die Berufsbezeichnung geschützt werden muss,
- der fehlende Zugang für alle Patient.innen ermöglicht und finanziert werden muss,
- die öffentliche Hand eine zukunftsorientierte Forschung für eine qualitätsgesicherte Leistungserbringung zum Patientenschutz unterstützen muss ([www.bagkt.de](http://www.bagkt.de)).

Wie lange wird es dauern, bis nach vielen Gesprächen, Diskussionen, Auseinandersetzungen am Ende ein befriedigendes Ergebnis für die Künstlerischen Therapien steht – letztlich für Patientinnen und Patienten? Werden Kunst-, Tanz-, Theater- und Musiktherapie dann gesetzlich geregelt sein oder wird ein neues Papier im Sommer 2025 gebraucht werden, um diese Positionen in ein Aufgabenbuch einer Bundesregierung der dann 21. Legislaturperiode zu schreiben?

Bis gültige Regelungen kommen, müssen sich die verantwortlichen Mitwirkenden aller beteiligten Verbände und ihre zertifizierten Mitglieder in die Pflicht nehmen lassen – daran mitzuwirken.

Wenn es nach der WHO, der Weltgesundheitsorganisation geht, müssten die Künstlerischen Therapien in der Gesundheitsversorgung überall Anerkennung gefunden haben – das könnte man aus einem Scoping Review herauslesen, das bereits im November 2019 – vor Corona – veröffentlicht wurde zur Frage: Welche Erkenntnisse gibt es über die Rolle der Künste bei der Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden? Diese Erkenntnisse sind ein potentieller Auftrag für alle, die politisch im Bund, Ländern, Städten und Gemeinden für Gesundheitsfragen verantwortlich sind. Das Review ist in dieser Ausgabe der MU kurz skizziert.

Eine gute Winter- und Weihnachts-Lesezeit wünscht



Volker Bernius